

*Stellungnahme der ProDG-Fraktion/Petra Schmitz  
Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft  
Plenum vom 21. November 2016*

Es gilt das gesprochene Wort!

**Regierungsmitteilung  
Strategie zur Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus  
in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (20116-2020)**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament,

als ich vor circa 21 Jahren meine Tätigkeit als Lehrerin in der Gemeinde Amel begann und mich einer Aufsichtsperson vorstellte mit dem Hinweis, dass ich in Eupen lebte, antwortete diese prompt: „Hat man denn keine Lehrerin aus unserer Gegend gefunden und mussten eine Fremde nehmen?“ (Dialekt)

Ich muss sagen, ich selbst war damals etwas verblüfft über diese Aussage und sie ist mir, wie Sie merken, in Erinnerung geblieben.

Doch was bedeutet „fremd“?

Laut Markus Reissen, interkultureller Trainer und Mediator, werden in der Ethnologie sämtliche Völker als „fremd“ außer dem eigenen gesehen.

„Fremd“ ist insofern relativ und abhängig von der kulturspezifischen Herkunft des jeweiligen Betrachters.

Was vor 21 Jahren vielleicht noch befremdend war, ist heute zur Normalität geworden: das Zusammenleben verschiedener Kulturen. Wie vielerorts in Europa treffen wir auch hier auf Sprachen, Kulturen und Religionen aus aller Welt. Auch in Ostbelgien wird es bunter.

Diese Realität sollte uns anspornen,

- uns kulturell und religiös auszutauschen
- uns gegenseitig kennenzulernen und zu respektieren
- uns unvoreingenommen miteinander auseinanderzusetzen.

Und dies nicht zuletzt auch angesichts der gestiegenen Zahl von Flüchtlingen.

Um es auch hier mit den Worten von Markus Reissen zu sagen: „Gute Kenntnisse über andere Kulturen ermöglichen, auch die eigene besser verstehen zu lernen und eventuell durch die Brille vertraut gemachter Fremder neu und facettenreicher sehen zu lernen.“

Kolleginnen und Kollegen,

zu den Maßnahmen der uns vorliegenden Regierungsmitteilung gehört die Förderung des interkulturellen Dialogs: Der gesamtgesellschaftliche Zusammenhalt auf dem Gebiet der DG soll gestärkt werden.

Es gilt, Bürgern aller kulturellen und religiösen Zugehörigkeiten zu ermöglichen, sich im Zuge des geltenden Rechtsrahmens frei zu entfalten und sozialen Ausgrenzungen aller Art auf diese Weise möglichst vorzugreifen.

Somit hat die Regierung dieses Schuljahr unter das Motto des interkulturellen und interreligiösen Dialogs gestellt und einen Maßnahmenkatalog verabschiedet.

Ziel ist es, in den hiesigen Schulen den Austausch zwischen Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen zu fördern.

So werden alle Schulen aufgerufen, ein Programm mit Ausflügen, Projekten, Initiativen, ... zu entwickeln. Alle Schüler und Auszubildende können sich an einem Schülerwettbewerb beteiligen. Die besten Programme und Projekte erhalten Preise.

Alle im Bildungswesen Tätigen können aus einem speziellen Fortbildungsangebot wählen. Die Schwerpunkte liegen dabei auf Persönlichkeitstraining und der Konfliktmoderation sowie auf Wissen und Didaktik rund um Religionen und Kulturen.

Dies sind nur zwei der Maßnahmen, die alle Interessierten dem Maßnahmenkatalog auf dem Bildungsserver entnehmen können.

Wir hoffen sehr, dass dies dazu beiträgt, die interkulturelle Vielfalt in und um Schule zu stärken und somit einen Beitrag zur Umsetzung dieses Strategieplanes zu leisten.

Ich danke, für Ihre Aufmerksamkeit!

Petra Schmitz  
ProDG-Fraktion